

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-000608/2013  
an den Rat**

Artikel 117 der Geschäftsordnung

**Elisabeth Köstinger (PPE)**

Betrifft: Mehrwertsteuerbetrug bei Grundnahrungsmittel

Laut einer aktuellen Studie<sup>1</sup> des Unternehmens Ernst & Young, beläuft sich der Mehrwertsteuerbetrug beim Grundnahrungsmittelhandel in Ungarn auf € 450 Millionen pro Jahr. Der Steuerbetrug in Ost- und Mitteleuropa soll sogar doppelt so hoch ausfallen. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass ein Mehrwertsteuersatz von 25% bzw. 27% der Hauptgrund für den Mehrwertsteuerbetrug in den Ländern wie Ungarn und Rumänien ist.

Vor diesem Hintergrund wird der Rat um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Ist der Rat über die geschilderte Situation bereits informiert bzw. sind dem Rat weitere Fälle in anderen Mitgliedsstaaten mit hohen MwSt.-Sätzen, wie z.B. in Rumänien, Bulgarien und der Slowakei bekannt?
2. Kann der Rat darüber Auskunft erteilen, welche Produktgruppen von dem Betrug betroffen sind?
3. Lässt sich seitens des Rates eine direkte Beziehung zwischen der Höhe der MwSt. von 25% bzw. 27% und den Betrügen, wie in der Studie aufgezeigt, herstellen?
4. Würde eine Herabsetzung des MwSt.-Satzes auf Grundnahrungsmittel auf 10% die Betrüge eindämmen?
5. Welche Maßnahmen werden seitens der betroffenen Mitgliedsländer getroffen, um den aufgezeigten Mehrwertsteuerbetrug wirksam zu bekämpfen?
6. Welche Aufgaben kommen in diesem Zusammenhang EUROPOL sowie OLAF zu?
7. Wie schätzt der Rat die Auswirkungen eines MwSt.-Satzes von 25% bzw. 27% auf die ökonomische Entwicklung eines Landes sowie auf den Binnenmarkt ein?
8. Was gedenkt der Rat, in Bezug auf die Stellungnahme Nr. 8/2012 des Europäischen Rechnungshofes betreffend „strafrechtlicher Bekämpfung von gegen die finanziellen Interessen der Europäischen Union gerichtetem Betrug“, zu tun?

---

<sup>1</sup> Ernst & Young: On the budget neutral elimination of VAT fraud in the basic food sector